

Willi Stächele muss für EnBW-Käufer Stefan Mappus den Kopf hinhalten

Einen Rücktritt lehnt der jetzige Landtagspräsident aber ab: „Ich habe nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt“

Von Henning Otte, dpa

Stuttgart. Ausgerechnet Stächele. Der frühere CDU-Finanzminister und heutige Landtagspräsident Willi Stächele steht wegen des Urteils zum Einstieg des Landes beim Energieversorger EnBW mächtig unter Druck. Für den 59-jährigen Südbadener ist es wohl eine Ironie des Schicksals, dass er die Suppe auslöffeln muss, die der damalige Regierungschef Stefan Mappus (beide CDU) ihm einge-



Der frühere Finanzminister und jetzige Landtagspräsident Willi Stächele (CDU) gestikuliert im Landtag in Stuttgart. Foto: Archiv

brockt hat. Schließlich sind die beiden wahrlich keine engen Freunde.

Mappus ließ öfter durchblicken, dass er den Vertrauten von Günther Oettinger für inkompetent hält. Und so stellte er ihm am Abend vor Nikolaus im vergangenen Jahr praktisch vor vollendete Tatsachen. Es fehlte nur noch die Unterschrift des Finanzministers, um den geheimen Milliarden-Deal perfekt zu machen. Der setzte nach kurzer Rechtsberatung seinen „Willi“ darunter. Tags drauf verkündete Mappus stolz: Das Land steigt für 4,67 Milliarden Euro wieder bei der EnBW ein und wird neben dem Kommunalverband OEW Hauptaktionär.

Die vielen Ungereimtheiten bei dem

Mega-Deal – keine schriftliche Rechtsberatung, Mappus-Freund als Berater und die späte Einweihung von Stächele – holten Mappus schließlich ein und wurden im Wahlkampf zum Bumerang. Nun muss sich Stächele für seine Unterschrift verantworten.

Zehn Monate nach dem Einstieg des Landes bei dem Atomstromer EnBW erklärte das höchste Gericht des Landes den Deal für verfassungswidrig. Tenor des Urteils: Die Regierung habe das „Königsrecht“ – also das Haushaltsrecht – des Landtags verletzt. Stächele habe gegen die Verfassung verstoßen, weil er für den Aktien-Deal ein Notbewilligungsrecht wahrnahm.

Mappus ist aus der Politik ausgestiegen und macht sich bald als Pharma-Manager auf dem Weg nach Brasilien. Da Stächele nach dem Wahldebakel der letzte Mohikaner der CDU an einer wichtigen Schaltstelle der Macht ist, machen Grüne und SPD sofort kräftig Tempo gegen ihn.

Noch im Gerichtssaal drängelt Grünen-Fraktionsvize Hans-Ulrich Sckerl: „Wir erwarten, dass Herr Stächele von seinem Amt zurücktritt.“ Aber auch die Jungen Liberalen machen Druck: „Wie will Herr Stächele die Rechte des Parlaments als Landtagspräsident verteidigen, wenn er sie in einer so zentralen Frage nicht einmal erkannt hat?“

Stächeles alter Wegbegleiter Peter Hauk (CDU) lässt ihn aber nicht im Stich. Während der Parlamentschef noch mit einer Delegation von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) auf dem Rückweg von Bukarest nach Stuttgart ist, stärkt der CDU-Fraktionschef ihm den Rücken. Rücktritt? „Diese Frage stellt sich meines Erachtens nicht“, sagt Hauk. Stächele habe bei dem Milliarden-Geschäft „nach bestem Wissen und Gewissen sein Land vertreten“.



Die Landtagsabgeordneten Uli Sckerl (l.), Andreas Schwarz (M., beide Grüne) und Andreas Stoch (SPD) als Beschwerdeführer im Sitzungssaal 1 des Oberlandesgerichts in Stuttgart. Foto: dpa

Die SPD hatte schon damit gerechnet, dass Stächele nicht von allein den Rückzug antreten würde. Fraktionschef Claus Schmiedel sagte dennoch voraus, der CDU-Mann werde das auf Dauer nicht aushalten. „Denn jedes Mal, wenn er auf den Stuhl des Landtagspräsidenten steigt, kommt die ganze Schandtat wieder ans Licht.“

Willi Stächele (CDU) selbst hat Forderungen nach seinem Rücktritt als Konsequenz aus dem Urteil des Staatsgerichtshofs zum EnBW-Deal inzwischen abgelehnt. „Ich habe damals nach bestem Wissen und Gewissen und zum Wohl des Landes entschieden“, sagte Stächele den „Stuttgarter Nachrichten“ am Rand einer Dienstreise in Rumänien.

Die Entscheidung zum Rückkauf der EnBW-Anteile nach Baden-Württemberg sei damals „schwierig“ gewesen, sei aber „am nächsten Tag fraktionsübergreifend begrüßt worden“, sagte Stächele dem Blatt. Die Forderungen nach einem Rücktritt lehnte Stächele ab: „Dazu äußere ich mich nicht. Ich habe gro-

ßen Respekt vor dem Urteil des Staatsgerichtshofs und werde mir die Entscheidungsgründe genau anschauen.“

In einer offiziellen Mitteilung des Landtags sagte Stächele am Donnerstag: „Ich habe damals als Finanzminister auf der Grundlage des Artikels 81 der Landesverfassung im Wege der Notbewilligung meine Zustimmung zum Abschluss des Kaufvertrags und zur Übernahme einer Garantie durch das Land Baden-Württemberg nach bestem Wissen und Gewissen im Interesse des Landes erteilt. Dem ging ein Sachvortrag des ehemaligen Ministerpräsidenten und eine eingehende rechtliche Beratung durch eine renommierte Rechtsanwaltskanzlei voraus. Auch das Kabinett hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 2010 von diesen rechtlichen Erwägungen Kenntnis genommen.“

Es sei „zu keiner Sekunde“ um „eine Missachtung von Parlamentsrechten, sondern um eine schnelle Entscheidung im Interesse und zum Wohle des Landes Baden-Württemberg“ gegangen.

Burnout ist der neue „Arbeitsunfall“

Von Wenke Böhm, dpa

Stuttgart. Weniger der klassische Unfall als vielmehr der Stress macht die Arbeitnehmer von heute krank – das geht aus dem „Arbeitssicherheitsbarometer“ des Prüfkonzerns Dekra hervor. Statt der typischen Unfälle am Arbeitsplatz wie Stürze oder Quetschungen bedrohen Burnout und innere Kündigung immer mehr Arbeitnehmer, wie die Dekra am Donnerstag in Stuttgart berichtete. „Bei der Arbeitssicherheit steht Deutschland im Vergleich gut da und wird immer besser“, sagte Dekra-Arbeitsschutzexperte Sebastian Bartels.

Dennoch schenken die Firmen dem Gesundheitsschutz ihrer Beschäftigten noch zu wenig Beachtung. Durch Ausfallzeiten entstehe der Wirtschaft jährlich ein Schaden von 43 Milliarden Euro.

Für die Studie hat Dekra bundesweit Betriebe befragt, 621 antworteten. Die Antworten zeigten, dass viele Firmen Maßnahmen zum Gesundheitsschutz nur deshalb umsetzen, weil sie gesetzlich dazu verpflichtet seien, teilte Bartels mit. So nannten 84 Prozent der befragten Betriebe die geltenden Vorschriften als Motivation. „Das zeigt aber auch, dass es gut ist, dass wir die Gesetze haben – denn offensichtlich ziehen sie“, sagte Bartels.

Der geringere Produktionsverlust wurde dagegen von knapp jedem dritten Unternehmen als Grund genannt. Das Barometer zeige auch, dass viele Befragte nicht an die Wirksamkeit der Maßnahmen glauben. Jeder zweite Befragte nannte das Verhalten der Mitarbeiter als größte Gefahrenursache, nur jeder fünfte den zunehmenden Druck.

Die Zahl der meldepflichtigen Arbeitsunfälle in Deutschland ist im ersten Halbjahr 2011 geringfügig gestiegen, wie die Berufsgenossenschaften und Unfallkassen am Donnerstag mitteilten. Mit mehr als 460 773 lag sie um 0,5 Prozent höher als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der tödlichen Unfälle sank dagegen deutlich – um 19 auf 201. „Wir wissen, dass gerade bei neuen Mitarbeitern die Unfallzahlen über dem Durchschnitt liegen“, sagte Joachim Breuer, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV). Es brauche seine Zeit, bis sie mit dem Betrieb und ihrer Tätigkeit vertraut seien.

Grüne wählen neue Spitze

Am Wochenende in Aalen

Stuttgart. (dpa/lsw) Knapp fünf Monate nach dem Machtwechsel in Baden-Württemberg wählt die grüne Regierungspartei eine neue Führung. Beim Landesparteitag am Wochenende in Aalen (Ostalbkreis) wollen sich Amtsinhaber Chris Kühn (32) und die Stuttgarter Gemeinderätin

Thekla Walker (42) für die Doppelspitze bewerben. Der Tübinger Politologe Kühn rechnet nicht damit, dass sich noch andere Kandidaten aufstellen lassen. „Ich gehe nicht von einer Überraschung aus“, sagte er in



Thekla Walker

Stuttgart. Kühn, der in der Führung den linken Flügel vertritt, steht seit November 2009 an der Spitze der Südwest-Grünen. Die Naturpädagogin Walker würde Silke Krebs nachfolgen, die nach dem Wahlerfolg als Staatsministerin in die Regierungszentrale gewechselt ist. Die 42-Jährige ist ein Neuling auf der landespolitischen Bühne. Sie ist erst seit 2008 bei den Grünen und wurde ein Jahr später nach der Kommunalwahl Stadträtin.



Chris Kühn Fotos: dpa

Beim Parteitag wollen die Grünen auch ihre Führungsspitze erweitern. Der geschäftsführende Vorstand soll nach den Worten Kühns von 16 auf 21 Mitglieder aufgestockt werden, unter anderem soll der Ministerpräsident qua Amt Mitglied sein. Da nur die Hälfte der Mitglieder dieses Führungsgremiums Mandatsträger sein dürfen, könnte es vor allem bei den männlichen Bewerbern eine Kampfkandidatur geben.

Unter anderem tritt Bundestags-Fraktionsvize Fritz Kuhn für den Parteirat an.

Von Julia Schweizer, dpa

Mannheim/Stuttgart. Die Bahn muss die Bauarbeiten am sogenannten Grundwassermanagement für den geplanten Tiefbahnhof Stuttgart 21 vorläufig einstellen. Der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg (VGH) hat bestimmte Bauarbeiten im Stuttgarter Schlossgarten überraschend gestoppt. Am Grundwassermanagement dürfen vorerst keine weiteren Rohre verlegt werden. Das geht aus dem Eilbeschluss hervor, den der VGH am Donnerstag vorlegte. Das Gericht folgte einem Antrag des Umweltverbandes BUND. Der Beschluss ist nicht anfechtbar. (Az.: 5 S 2101/11)

Hintergrund sind Planänderungen der Bahn, die nur in einem sogenannten vereinfachten Planfeststellungsverfahren vom Eisenbahnbundesamt genehmigt worden waren – ohne die eigentlich vorgeschriebene Anhörung von Umweltverbänden. Die Eilentscheidung sagt je-



Rohre des Grundwassermanagements für das umstrittene Bahnprojekt Stuttgart 21 vor dem Turm des Hauptbahnhofs in Stuttgart. Foto: dpa

doch nichts darüber aus, ob die Planänderung der Bahn trotzdem noch für rechtmäßig erklärt wird. Zu der Klage des BUND müsse die Bahn nach eigenen Angaben bis zum 31. Oktober Stellung nehmen, erst danach werde beim VGH mündlich verhandelt.

Die Bahn bezeichnete die VGH-Entscheidung in einer Mitteilung als „keine Entscheidung in der Sache“. Klagen dieser Art seien ein „ganz normaler Vorgang bei Bauvorhaben, nicht die Ausnahme“. Sie will beim Eisenbahnbundesamt einen entsprechenden Antrag stellen und geht davon aus, dass sie „zeitnah“ weiterbauen kann.

Die Bahn hatte ursprünglich Anlagen für das Grundwassermanagement an vier Standorten geplant und genehmigt bekommen, dann aber die Arbeiten an einem zentralen Standort gebündelt. Dagegen hatte der BUND im Juli Klage erhoben und unter Hinweis auf die ständig fortschreitenden Bauarbeiten einstweiligen Rechtsschutz gefordert.

Das Eisenbahnbundesamt und die Bahn hatten in einer Anhörung argu-

mentiert, die Klage beziehe sich nur auf das Technikgebäude, das nun aber schon errichtet sei. Der VGH verneinte dies und bezog sich in seinem Beschluss auch auf die komplette Infrastruktur und damit die Rohre im Bereich des Schlossgartens.

BUND-Landesgeschäftsführer Bertold Frieß sprach von einem „wichtigen psychologischen Sieg“ und „einem deutlichen Ausrufezeichen seitens des Gerichts“. Er erwarte nun von der Bahn, dass sie auch in anderen Bereichen außerhalb des Schlossgartens keine Rohre mehr verlegt. Sie sollen laut Bahn-Plänen auf rund 17 Kilometern Länge quer durch Stuttgart verlaufen.

„Wir fühlen uns sehr bestätigt, dass wir seit der Errichtung beharrlich gegen das Grundwassermanagement vorgehen“, sagte Frieß. Es sei schön, dass man endlich einen Ansatzpunkt gefunden habe. Die Entscheidung sei der erneute Beweis, dass die Bahn quasi illegal gebaut habe.

Gericht stoppt Bauarbeiten für Stuttgart 21

VGH: Rund um das Grundwassermanagement dürfen vorerst keine weiteren Rohre verlegt werden

Oben bleiben – mit System

Nach dem Wahlerfolg wollen sich die Südwest-Grünen als Regierungspartei etablieren – Landesparteitag am Wochenende in Aalen

Von Roland Muschel, RNZ Stuttgart

Stuttgart. Ob Energiewende, Bürgerbeteiligung oder Bildungswesen: Die Grünen wollen Baden-Württemberg in vielen Bereichen nachhaltig verändern. Aber bevor der erfolgreichste Landesverband der Ökopartei dem Südwesten seinen Stempel aufdrückt, verändert die Regierungsverantwortung erst einmal die Partei – ihr Handeln, ihre Strukturen, ihre Ziele.

30 Jahre waren die Grünen im Land in der Opposition. Nun stellen sie mit Winfried Kretschmann den Ministerpräsidenten, aber seine Partei ist aufs Regieren noch nicht so richtig eingestellt. Die Delegiertenkonferenz an diesem Wochenende hat daher vor allem ein Ziel: den Umbau des Landesverbands zur Regierungspartei.

Die Strategie dahinter ist eine doppelte: Neue Strukturen wie die Öffnung des Parteirats – dem höchsten Beschlussgremium zwischen den Delegiertenkonferenzen – für Kabinettsmitglie-

der sollen mögliche Konflikte zwischen den Vorstellungen der grünen Basis und dem Handeln ihrer Minister frühzeitig eindämmen und so den Regierungsaltag erleichtern.

Langfristiger angelegt ist die gezielte finanzielle Unterstützung der Arbeit der Kreisverbände in Ostwürttemberg, dem Nordschwarzwald und der Region Heilbronn-Franken: Die Parteispitze will den durch den Erfolg bei der Landtagswahl erfahrenen Geldsegen nutzen, um in fünf Jahren auch den letzten weißen Flecken auf der grünen Landkarte ihre Farbe aufzudrücken.

Denn für 2016 haben sich die Grünen nichts weniger vorgenommen als erneut den Regierungschef zu stellen. Der Slogan der Stuttgart-21-Gegner wird so zur Chiffre grünen Machterhalts wie zur dauerhaften Kampfansage an den Koalitionspartner SPD: Oben bleiben!

Die frühzeitige Weichenstellung für 2016 spricht für den strategischen Weitblick der Grünen. Sie offenbart zugleich, dass es gewaltiger Anstrengungen be-

darf, wenn die Ökopartei ihre neue Rolle als Ministerpräsidenten-Partei behaupten will. Die hat ihren Ursprung ja nur zum Teil im bundesweiten Trend für grüne Themen. Sie basiert vor allem auf einer Reihe von Sonderfaktoren: Fukushima, Stuttgart 21, der verbreiteten Stimmung, den unpopulären Stefan Mappus abzuwählen und der Beliebtheit des eigenen Vormanns, Winfried Kretschmann.

Der gezielte Umbau der Partei ist daher für die dauerhafte Etablierung als zweitstärkste Kraft im Land nach der CDU und für die Regierungsfähigkeit pure Notwendigkeit – und zugleich eine Gefahr: Indem sich die Grünen weiter auf den Weg zur Mitte und zur Volks- und Regierungspartei machen, öffnen sie die Flanke zur Piratenpartei.

Der Aalener Leitartikel für mehr Mitbestimmung und mehr Transparenz in der Landespolitik soll die Lücke schließen. Das dürfte indes nur zum Teil gelingen, weil die Piratenpartei etwas mitbringt, was kein Leitartikel ersetzen kann: ein –

wenn auch teils diffuses – eigenes politisches Weltbild, das sich im Gegensatz zu dem der Grünen nicht um die Ökologie, sondern um das Internet dreht.

Mehr Bürgerbeteiligung bleibt trotzdem das Gebot der Stunde. Auch CDU und FDP sind auf den Zug der Zeit aufgesprungen und wollen ihre Mitglieder und das Volk mehr mitreden lassen. Für die Grünen ist das Ausrufen der Bürgergesellschaft zugleich der größere Rahmen, der der Parteispitze helfen soll, dem angesichts der Umfragen und der Hürden wahrscheinlichen Scheitern des Volksentscheids über einen Ausstieg aus Stuttgart 21 noch etwas Positives abzugewinnen.

Als Regierungspartei können sich die Grünen im Bahnhofsstreit so oder so profilieren: Entweder indem sie das „politische Wunder“ schaffen und das Quorum knacken. Oder – andernfalls – indem sie trotz aller berechtigter Kritik an den hohen Hürden eines Volksentscheids dessen Ausgang uneingeschränkt akzeptieren.